



LINIENTREUER MAAßEN-NACHFOLGER

Weil Rote sie totschiagen wollen, wird AfD Verfassungsschutz-Prüffall

Von KEWIL | Der von den durch die Bank linken Altparteien gekaperte Verfassungsschutz will ab sofort die AfD stärker als bisher unter die Lupe nehmen und erklärt die einzig verbliebene rechtsstaatliche Partei [als Ganzes zum „Prüffall“](#). Das wurde offensichtlich punktgenau beschlossen, als gerade linke Verbrecher den AfD-Bundestagsabgeordneten [Frank Magnitz aus Bremen](#) totschiagen wollten. Besser hätte die linksversiffte Republik ihre pseudo-demokratische Maske nicht lüften können.

Wir haben [es prophezeit](#). Die ganze Kriecherei ist völlig umsonst. Für die AfD gibt es nun nur eine vernünftige Richtung – die anderen Parteien mit ihren Lügen unerbittlich bei jeder Gelegenheit stellen und mit der sinnlosen Abgrenzung gegen Pegida, die Identitären und ähnliche Gruppierungen aufhören.

Man braucht doch überhaupt keine Blutsbrüderschaft feiern und keine Verträge abschließen, aber die Pegida-Demonstranten in Dresden und überall sind natürlich als AfD-Wähler alle willkommen. Und die Identitären genauso. Gerade [eben haben sie](#)

bundesweit gegen linke Hetze protestiert. Da distanziert man sich als AfD doch nicht, sondern begrüßt eine solche Aktion ausdrücklich!

Überhaupt die Identitären! Sie werden von den Schlapphüten schon länger beobachtet, was von unserer linksextremen Presse alle naslang aufgebauscht wird, aber wer kann mir eine einzige verfassungsfeindliche oder gewalttätige Aktion der Identitären nennen? Nur eine bitte?

Wenn Greenpeace auf dem Brandenburger Tor ein Transparent entfaltet, dann glotzen die schizophrenen Mainstream-Medien andächtig und finden es toll. Wenn die Identitären auf dem Brandenburger Tor dasselbe machen, ist der Rechtsstaat in Gefahr, oder wie?

Der Chef vom Dienst des rotgrünen Lumpenblättchens taz, das vom Berliner Rathaus mit Millionen gepampert wird, ruft heute wieder zur Gewalt gegen Rechte auf und bedankt sich dafür bei den linksradikalen Verbrechertypen der Antifa. Und die AfD soll sich von den rechtschaffenen Identitären distanzieren? Wo sind wir eigentlich?



Kretzsche: Deutschland, wie

es lacht und leimt

Von PETER BARTELS | Ehe der Hahn kräht, werden sie die Wahrheit dreimal verleugnet haben ... Jesus möge verzeihen, wenn wir ihn wieder mal beklaugen: „Darf man nicht mehr sagen, was man denkt?“ Die Frage von BILD war blanker Hohn. Die Antworten sind reine Heuchelei. Fast alle...

„Handball-Legende Stefan Kretzschmar (45) kritisierte im t-online-Interview: „Wir haben keine Meinungsfreiheit im eigentlichen Sinne!“ (PI-NEWS berichtete [hier](#) und [hier](#)). Nur noch „Mainstream-politische Meinung“ („Wir sind bunt“, „Refugees welcome“) sei gefragt. Doch wer sich „gesellschaftskritisch oder regierungskritisch“ äußere, der bekomme „sofort jedes Wort vorgeworfen“. Müsse „um seinen Arbeitsplatz, seinen Ruf (und seine Werbeverträge) bangen“, zitierte BILD und fragte sogleich „Promis, Bürger und Experten“. [„Wahrheits-Experte“ Franz Josef Wagner](#) (76) durfte Deutschland als Erster zum Lachen bringen, als er leimte:

„Lieber Stefan Kretzschmar,

natürlich kann man in Deutschland alles sagen, schreiben ... Es gibt keine Zensur in Deutschland ... Wenn Ihre Behauptung wahr wäre, dann müsste ich jeden Brief „Post von Wagner“ einer Behörde zugeschickt haben, für die Erlaubnis der Veröffentlichung. ... Ich schreibe über Merkel, Nahles, die GroKo ... Es gibt keine Zensur... Ich lebe in einem freien Land... Herzlichst ...“

Den ältesten Postboten Deutschlands auf seinem Grappa-Globus zu wecken, ist so eine Sache, wenn er gerade am „guten ersten Satz“ eines neuen Liebesbriefes an seine Angela knabbert. Schließlich muss er ja immer noch trotz Goldener Feder und Silberner Schere im Kopf seine karge Journalisten-Rente aufbessern. Immerhin läppert es sich bei seinen Lügeleien im Mainstream-Bermudadreick dann doch zusammen...

TIL SCHWEIGER (55) haute dem Postboten aber [sofort auf's Maul](#), wattiert, natürlich: „Stefan hat total recht. Wenn man populäre Meinungen vertritt, dann kriegt man sofort die Populisten-Keule. Wenn man einen Aufruf für eine Familie von einem gefallenem Soldaten postet und Geld sammelt, dann kriegt man Stress von der Linken. Und, wenn du sagst, du musst Flüchtlingen helfen, kriegst du Stress von der Rechten.“

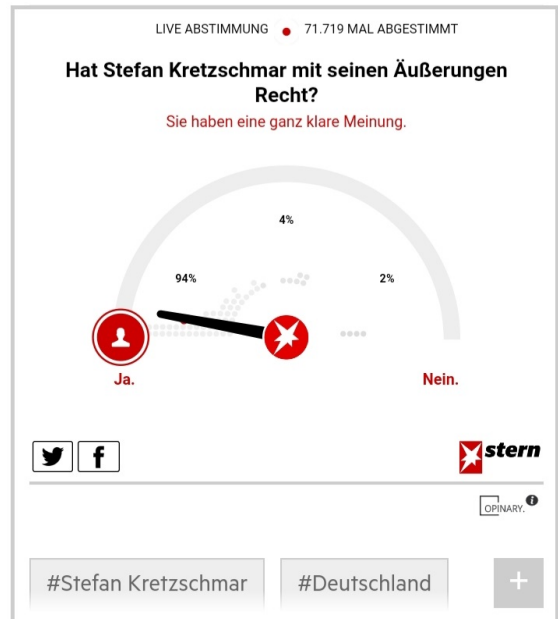
DÜZEN TEKKAL, 40, Politologin schlug ohne Wattebäuschchen zu: „Kretzschmar hat recht ... Wenn ich Fehlentwicklungen bei einem islamistischen Religionsverständnis benenne, die zu Terror führen, bin ich für manche sofort Islamfeindin. Die Denunzierung Andersdenkender beginnt mit dem Totschlag-Begriff Nazi.“ ...

STEFAN EFFENBERG, 50, einst ewiger Fußballrüpel und Lautlaberer, dagegen eiert, wie's der Mainstream mag: „Ich sehe das nicht so krass wie Kretzsche. Natürlich kann jeder seine Meinung sagen. Allerdings sind viele vorsichtiger geworden ...“

MARIO BASLER, 50, Effes Zoff-Zwilling, säuselt die Watte mit etwas mehr Wucht: „Kretzsche hat prinzipiell recht. Man hat schon den Eindruck, dass viele diplomatisch und vorsichtig antworten, weil es sonst Stress geben könnte ...“

HEINER BRAND, 66, einst Handball-Weltmeister, heuchelt schöner: „Ich habe kein Problem, meine Meinung zu sagen. Natürlich wäge ich meine Worte ab“ ...

ANNA LOOS, 48, die ein Jahr vor der Wende die Biege aus der DDR machte, hat danach offenbar in Merkels BRD gelernt: „Man muss schon ein bisschen nachdenken, also den Kopf auch gerne mal einschalten und nicht nur den Bauch sprechen lassen“...



Im Gegensatz zu den Promis geben die Deutschen Kretzschmar überwiegend Recht ([STERN-Abstimmung](#) vom 15.1., Stand: 14 Uhr).

Der Mainstream, wie er lügt und leimt

MICHAEL STICH, 50: „Jeder hat das Recht, seine Meinung zu äußern ... Er muss sich nur bewusst sein, welche Konsequenzen dies haben kann ...“

BORWIN BANDELOW, 67, „Angstforscher“, toppt ihn mit einem Arschkriecher-As: „Wenn Herr Kretzschmar Werbeverträge abschließt, dann steht da natürlich drin, wozu er sich wie äußern darf – oder nicht. Das ist sein Problem, der Normalbürger hat das Problem nicht ...“

HEINO, 80, hat schon immer gewußt, wann er seine Meinung sagen durfte: „Wenn ich gefragt wurde“ ...

WOLFGANG „Trigema“ GRUPP, 76, der seine „Meinung“ meistens von einem Werbe-Affen formulieren lässt: „In Deutschland kann jeder seine Meinung äußern. Das werde ich auch weiterhin tun.“ Hör also zu, Cheetah ...

WOLF BIERMANN, 82, den die DDR-Lügen-Genossen zu den BRD-Lügenbaronen jagten, beweist: Gelernt ist gelernt! Er macht auf Poet: „Die Lüge dieses genialen Handballers ist ein Eigentor.“ ...

FABIAN HAMBÜCHEN, 31, Gold-Turner beweist, wie perfekte Gehirnwäsche, Anpassung und Dialektik geht: „Ich habe immer genau das gesagt, was ich dachte ... Es war letztlich die einzige Chance, meine Träume zu erfüllen. Das zeigt, dass man in diesem Land selbstverständlich seine Meinung sagen darf.“

Selbst in Mainstream-Deutschland ...

... darf dann doch noch ein bisschen Wahrheit kommen.

SILKE FINKEN, 51, kaufm. Angestellte, Bergheim: „Ja, es kann schaden, wenn man seine Meinung sagt ... Ich habe das selber schon mal erlebt. Ein Vorgesetzter wies mich nach einer Kritik im Internet dezent zurecht.“...

Ein 20-jähriger Installateur aus Hamburg ist immerhin noch 50 FREI, dass BILD sich traut, seinen Namen abgekürzt zu bringen.

TOM A. wettet: „Die eigene Meinung kann einem in Deutschland ganz schnell negativ ausgelegt werden. Bist du unter Freunden, sind sich alle einig. Da kannst du auch mal deine ehrliche Meinung zum Beispiel beim Thema Ausländer und Kriminalität sagen. Sagst du das laut bei der Arbeit oder zu Menschen, die du nicht gut kennst, bist du sofort der Rassist und kommst aus der Schublade nicht mehr raus.“

TOBEY WILSON, 42, blendend aussehender Tenor: „Kritisierst man Missstände, wird man schnell zwangsverortet und verliert bei uns in der eher linken Kunstszene auch Jobs. Ich habe das selbst erleben müssen. Debatten gibt es leider kaum mehr, nur noch Gut und Böse – wobei jeder ‚böse‘ ist, der unliebsame Wahrheiten ausspricht. Dennoch sage ich weiterhin, was ich denke.“

Blanker Hohn hin, reine Heuchelei her: BILD hat die letzten drei Stimmen immerhin gebracht. Postbote Wagner leider auch ...



Ex-BILD-Chef
Peter
Bartels.

[PI-NEWS-Autor Peter Bartels](#) war zusammen mit Hans-Hermann Tiedje zwischen 1989 und 1991 BILD-Chefredakteur. Unter ihm erreichte das Blatt eine Auflage von 5 Millionen. In seinem Buch [„Bild: Ex-Chefredakteur enthüllt die Wahrheit über den Niedergang einer einst großen Zeitung“](#), beschreibt er, warum das einst stolze Blatt in den vergangenen Jahren rund 3,5 Millionen seiner Käufer verlor. Zu erreichen ist Bartels über seine [Facebook-Seite](#)!



402 Millionen Euro Kindergeld

fließen ins Ausland

Von JUPITER | Und wieder ist die AfD die einzige Partei im Parlament, die mit dem Geld der deutschen Steuerzahler sorgsam umgeht und den Hahn für hanebüchene Geldtransfers ins Ausland angemessen, aber rigoros zudrehen will. Sie will das Kindergeld für die im EU-Ausland lebenden Kinder an die dortigen Lebenshaltungskosten per Gesetz anpassen. Seit 2012 sind die Leistungen für heute 252.000 Kinder um mehr als das Fünffache auf 402 Millionen Euro gestiegen.

Wenn die AfD am Donnerstag im [Bundestag](#) ihren angekündigten Gesetzentwurf zur „Anpassung kindergeldlicher Regelungen“ einbringt, wird es der zweite Vorstoß sein, mit einer als ungerecht und überholt empfundenen Regelung aufzuräumen. Im ersten Anlauf waren die Alternativen am 18. Oktober 2018 gescheitert, als 548 Abgeordnete der bornierten politischen Einheitsfront die AfD-Forderung in namentlicher [Abstimmung ablehnten](#).

Die AfD-Fraktion hatte auf das aktuelle EU-Recht verwiesen, wonach Anspruch auf Familienleistungen auch für in anderen EU-Mitgliedsländern lebende Familienangehörige besteht. In Deutschland ansässige EU-Bürger würden daher auch für ihre in einem anderen EU-Land lebenden Kinder Kindergeld in gleicher Höhe wie für in Deutschland wohnende Kinder erhalten, „obwohl die der Kindergeldbemessung zugrunde liegenden Lebenshaltungskosten vor Ort oftmals deutlich niedriger als in Deutschland sind“, argumentierte die Fraktion.

Dies führe zu Ungleichgewichten, und „es entsteht ein Anreiz zur Einwanderung in unser Sozialsystem, weil deutsche Kindergeldleistungen in Mitgliedstaaten mit niedrigem Lohnniveau eine signifikante Einkommensquelle darstellen können“.

Seit 2010 hätten sich die jährlichen Überweisungen auf

ausländische Konten auf 343 Millionen Euro fast verzehnfacht. Das jährliche Einsparpotenzial bei einer angepassten Regelung sollte zwischen 150 und 200 Millionen Euro liegen.

Tatsächlich sind die Transferleistungen an Kindergeld ins Ausland in den vergangenen Jahren stark gestiegen, stärker noch als im Herbst 2018 von der AfD beziffert. Rund 402 Millionen Euro Kindergeld überwiesen deutsche Behörden 2018 ins Ausland, meldet aktuell die [WeLT](#). 2012 lag der Kindergeld-Betrag noch bei 75 Millionen. Das Geld ging vor allem nach Polen, Rumänien und Tschechien.

Halbherzig hatte die CSU im Wahlkampf 2018 im Bundesrat einen Antrag zur Anpassung der Höhe des Kindergeldes an die Lebenshaltungskosten in dem Land, in dem das Kind lebt, vorgestellt. Und war erwartungsgemäß beim zuständigen Finanzausschuss abgeblitzt, der das Thema auf unbestimmte Zeit vertagte.

Österreich hat dagegen die Anpassung des Kindergeldes an die Lebenshaltungskosten vor Ort bereits zum 1. Januar 2019 eingeführt. Die EU-Kommission hat sich dagegen ausgesprochen, weshalb Österreich laut Welt demnächst wahrscheinlich ein Vertragsverletzungsverfahren drohe.

Statt wie Österreich Nägel mit Köpfen zu machen, versteckt sich die deutsche Regierung hinter der ablehnenden Haltung der Brüsseler EU-Kommission. Man bemühe sich, auf europäischer Ebene eine Einigung zu erzielen, heißt es regierungsseitig. Das kann bis zum Sankt Nimmerleinstag dauern, denn die Kindergeld-„Nehmerländer“ dürften kein großes Interesse daran haben, auf zusätzliche Vorteile für ihre Bürger zu verzichten. Für die AfD aber ist klar: „Was in Österreich geht, muss auch in Deutschland möglich sein“, sagte der AfD-Abgeordnete René Springer.



Medien hyperventilieren zum Brexit und meinen den Dexit

Von KEWIL | Außer Trump kein außenpolitisches Thema, das die gleichgeschaltete Presse so hysterisch aufbläst wie den Brexit. Obwohl kein Engländer eine deutsche Zeitung liest oder sich eine öffentlich-rechtliche Quasselshow antut, wird ihnen Tag für Tag und Monat für Monat ein Höllengemälde vom Brexit hingemalt, da kann Dantes Inferno nicht mehr mithalten. Den Briten droht der Weltuntergang.

In Wahrheit zielt die jahrelange Kampagne natürlich auf Germany, auf uns, auf die AfD, auf Leute, die genug von der EUdSSR-Diktatur und ihren von Europa besoffenen Führern haben und die sich auch einen Dexit und andere Exits vorstellen können.

Wie schrecklich für Politik und Medien, wenn wir die Dummen sind, wenn jetzt den Briten gar nichts passiert, wenn sie, vom Brüsseler Joch befreit, aufblühen und gedeihen, wenn jeder Europäer sieht, dass ein EU-Austritt nicht schadet und im Gegenteil was bringt.

Deutschland war schon vor der EU jahrzehntelang Export-Weltmeister oder auf dem zweiten und dritten Platz. Der Warenverkehr flutschte auch ohne Euro. Und wir durften auch vorher nach Dänemark, Italien, Spanien und in die ganze Welt.

Von 1950 bis 2000 drohte nie, zu keinem Zeitpunkt, ein Krieg gegen Frankreich, England, Belgien oder Österreich. Die heute im Stundentakt daher fabulierten „europäischen Werte“ gibt es gar nicht und braucht keiner.

Stattdessen war jedes Land Herr seiner Währung, seiner Kasse, seiner Justiz und seiner Grenzen. Unsere Wirtschaft durfte Geschäfte mit der ganzen Welt machen und musste nicht alle naslang ein anderes Land boykottieren. Gesetze aus Brüssel, Gerichtsurteile aus Straßburg und 10.000 Bestimmungen und Verordnungen aus Europa gab es nicht. Bananen und Gurken durften sich nach Lust und Laune krümmen, und jeder konnte mit seinem Diesel fahren.

Deutschland war kein alljährlicher Milliarden-Nettozahler an Brüssel und musste anderen Europäern kein Hartz IV entrichten, geschweige denn eine europäische Arbeitslosenversicherung befürchten. Jede europäische Nation war viel freier als heute.

Kurzum, es war schön im Europa der Nationen. Die EU gehört nicht ausgebaut und erweitert, sondern ihr müssen endlich die Flügel gestutzt werden!



Winter ade! Wie die

„Spiegelbarone“ den Schnee vor 19 Jahren abschafften...

Von PETER BARTELS | Kann denn Lüge Sünde sein? Nicht, wenn man damit gut verkauft. Seit der Enttarnung von „Spiegelbaron“ Claas Relotius kommt raus: Der Lieblingspreisträger der Poeten-Presse und Pharisäer-Pfaffen hatte Väter. Sie logen schon vor 19 Jahren los...

- Samstag, 1.4. 2000, „SPIEGEL Online“ schockt Deutschland um 13:43 Uhr mit der Tartaren-Überschrift: [„Winter ade: Nie wieder Schnee?“](#). Der kaltschnäuzige Vorspann: „In Deutschland gehören klirrend kalte Winter der Vergangenheit an: ‚Winter mit starkem Frost und viel Schnee ... wird es in unseren Breiten nicht mehr geben‘, sagt der Wissenschaftler Mojib Latif vom Hamburger Max-Planck-Institut für Meteorologie.“

Leider haben sich weder Petrus noch Frau Holle um das Geschwätz der Väter des „Spiegelbarons“ und ihres „Klima-Propheten“ gekümmert. Heute, 19 Jahre später, schneit es immer noch. Dieses Jahr soviel wie selten. TAGESSCHAU, BRISANT, BRENNPUNKT berichten im Katastrophentakt. Deutschland, Österreich, der Schweiz fällt der weiße Himmel auf den Kopf ... Dabei hatte der dunkelbraune Mojib Latif, heute 64, damals im Spiegel doch hoch und heilig versprochen ([PI-NEWS](#) wies bereits vor kurzem darauf hin):

- „Durch den Einfluss des Menschen werden die Temperaturen bei uns mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent noch weiter steigen, meint Latif (wir von PI-NEWS wie-der-ho-ho-len: 95%). Wegen des Treibhauseffekts wird es in Mittel- und Nordeuropa künftig mehr Westwindlagen geben. Das hätte wiederum noch mildere Winter zur Folge.“ Wie gesagt: 19 Jahre her ...

Mojib Latifs Pakistan-Papa war zwar einst Imam der 1957 erbauten Fazle-Omar-Moschee der Ahmadiyya Muslim Jamaat. Latif

wurde trotzdem in Hamburg geboren; zwei Brüder, eine Schwester. Nach dem Abi studierte Latif zwei Jahre Betriebswirtschaft, dann sieben Jahre Meteorologie; normal: vier Semester, zwei Jahre, dann Master. Nun ja, Latif wollte halt ein Diplom. Dann das Wetterphänomen El Niño: Dissertation! Deutsch: Doktor. Ozeanographie: Habilitation. Deutsch: Professor. Dann Privatdozent Hamburger Max-Planck-Institut für Meteorologie ... Professur Ozeanforschung Uni Kiel ... Vorstandsmitglied des Deutschen Klima-Konsortiums e.V. (= Eingetragener Verein). Das alles war der pakistanische Prophet vor 19 Jahren natürlich noch nicht.

Die Relotius-Väter vom „Spiegel“ ließ er trotzdem schon mal in die Kristallkugel linsen:

- „Deutschland wird verstärkt unter dem Einfluss von Island-Tiefs stehen, im Mittelmeerraum werden sich dagegen Azorenhochs verstärkt auswirken“, sagt der Meteorologe voraus. Für Südeuropa bedeute dies mehr Dürren. „Eine wochenlange Wasserknappheit wie im vergangenen Sommer auf Mallorca könnte dann zur Regel werden“, befürchtet Latif.

Wie gesagt, das sagte Latif vor 19 Jahren!! Aber wie das so ist mit dem Leugner-Lümmel Petrus, Frollein Roth ... Jedenfalls zitterte der Spiegel damals schlotternd unter einem DPA-Scheesturm-Foto: „Schnee auf dem Brocken: Bald Vergangenheit?“ ... Schwitzte er bei einem AP-Sonnenbad-Foto im Münchner Englischen Garten: „Sieht so der Winter der Zukunft aus?“

- Und dann keuchte der „Spiegel“ gemeinsam mit Professor Panik und seinen pakistanischen Wurzeln: „Rund die Hälfte des gemessenen Treibhauseffektes sei auf den Ausstoß von „klimarelevanten Spurengasen“ wie Kohlendioxid (CO₂) zurückzuführen. CO₂ kommt vor allem durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe wie Kohle und Erdöl in die Atmosphäre“ ... „Etwa 15 Prozent des CO₂-Ausstoßes entsteht durch die Verbrennung tropischer Regenwälder“, erläutert Latif.

Damals musste noch der Regenwald erhalten, keine Sau wäre auf Diesel gekommen; der GRÜNE Diesel-Experte Antonia Hofreiter studierte ja auch noch nicht die Inka-Lilie in den Anden!! ... Latif ist längst mit einer Norwegerin namens Elisabeth in Schönberg/Holstein verheiratet, keine Kinder. Also stets Zeit als „Botschafter“ der „Stiftung Klimawald“. Und natürlich als Dauer-„Experte“ in Rundfunk und Fernsehen zum „Klimawandel“. Was ihm noch natürlicher prompt den Umweltpreis der Stiftung Umwelt brachte. Die Laudatio ist fast so schön wie die vielen beim Spiegelbaron: „Ein Wissenschaftler, der Wissen schaffe, der dieses Wissen aber auch in die Breite vermittle“.

Das „Wissen“ muß den ZDF-Wetterfrosch Özden Terli kalt erwischt haben. Kurz vor Mitternacht begründete er die Schnee-Katastrophe 2019, die es laut Spiegelbaronen und Propheten-Professor Mojib Latif seit 19 Jahren nicht mehr geben darf: „Der Jetstream ist schuld ... Die Hoch- und Tiefdruckgebiete bewegen sich nicht mehr so schnell weg ...“

Vielleicht hat der ZDF-Frosch mit den türkischen Wurzeln ja nur zwei Jahre Meteorologie studiert, nicht sieben Jahre, wie Latif mit den pakistanischen Wurzeln ...



Ex-BILD-Chef
Peter
Bartels.

[PI-NEWS-Autor Peter Bartels](#) war zusammen mit Hans-Hermann Tiedje zwischen 1989 und 1991 BILD-Chefredakteur. Unter ihm erreichte das Blatt eine Auflage von 5 Millionen. In seinem Buch [„Bild: Ex-Chefredakteur enthüllt die Wahrheit über den](#)

[Niedergang einer einst großen Zeitung](#)“, beschreibt er, warum das einst stolze Blatt in den vergangenen Jahren rund 3,5 Millionen seiner Käufer verlor. Zu erreichen ist Bartels über seine [Facebook-Seite](#)!



Immer mehr deutsche Rentner wandern nach Osteuropa aus

Auswanderung ist heute ein Tabu-Thema. In den vergangenen zehn Jahren sind etwa 1,7 Millionen „deutsche Staatsbürger“ [ausgewandert](#), in 2017 (281.000) und 2018 (249.000) waren es fast doppelt so viele wie in den ruhigeren Jahren. [Jeder fünfte](#) oder 237.000 war ein Rentner. Die höchste Steigerung in 2018 verzeichnete Osteuropa mit Raten von über fünf Prozent. In Polen sollen heute 6500, in Ungarn 5000 und in Tschechien 3000 deutsche Rentner wohnen. Die Zahl ist sicherlich viel zu niedrig angesetzt, weil nur diejenigen zählen, die sich hier abgemeldet haben. Die meisten machten das nicht. Der Buchautor Dr. Viktor Heese, [selbst Aussiedler aus Ostpreußen](#), erklärt, warum Polen und Ungarn auch zukünftig deutsche Rentner anziehen werden.

Erschreckende Rentnerarmut die Hauptgruppe

Die Auswanderung ist die direkte [Folge der Rentnerarmut](#). Laut Eurostat waren 2018 etwa 16 Prozent oder 2,8 Millionen Rentner

von der Altersarmut bedroht. Die Armutsuntergrenze von knapp 1000 Euro monatlich wird beim Rentner-Single mit 850 Euro Altersrente nicht mehr erreicht. Damit lässt sich hierzulande schlecht leben, im nahen EU-Ausland (vor allem in Ost- und Südeuropa) aber würdig.

Abgesehen von nicht vielen Aufnahmeländern kommt für die meisten Berufsaktiven eine Emigration nicht in Frage. Nur wenigen Ärzten oder Wissenschaftlern ist es gegönnt, in die gelobten USA auszuwandern. Die meisten deutschen Michels, Leistungsträger und Steuerzahler sitzen dagegen in der Merkelismus-Falle. Das wollen sie nicht zugeben und verteidigen sich mit der Behauptung, sie hätten zu viel zu „verlieren“ (Haus, Job, Kinder). Rentner haben weniger Barrieren zu überwinden. Zudem wollen sich viele von ihnen die erniedrigenden Bittgänge zu den Sozialämtern ersparen. Deswegen wandern sie lieber aus, wenn sie wissen, wohin.

Über dieses Thema schweigt der Mainstream. Talkshows haben es nicht auf ihrer Agenda. Das kann sich ändern, wenn eine spürbare Zahl von Fachkräften und kapitalstarken Selbständigen das Land verließen. Stiege die Auswandererzahl auf über 300.000 jährlich würden es die Politik und die Systemmedien merken – und trotzdem nichts tun. Dem System könnte die Rentner-Emigration sogar kurzfristig Vorteile bringen, wie freiwerdende Wohnungen, Entlastung der Verwaltung und Sozialkassen, Neutralisierung eines „unberechenbaren“ Wählerpotentials. Spürbare negative Konjunkturreffekte für die Volkswirtschaft durch den Weggang der Armen gäbe es nicht. Auf den ersten Blick nur Vorteile für die Herrschenden. Langfristig könnte diese Ignoranz aber in die Hose gehen. Steigende Belastungen für die daheim Gebliebenen könnten das Fass zum Überlaufen bringen.

Auswanderer sind keine (Volks-)Verräter!

Alles liegen lassen und einfach flüchten? Wäre das nicht „Verrat“ am Vaterland in Not? Dazu mein klares Nein. Wenn die

Lebenshaltungskosten in Ungarn/Polen und die Mieten um 50 Prozent niedriger sind, wird der vom Stress befreite Exil-Rentner sicherlich gesünder. Nicht nur im warmen Thailand. In einer islamfreien Umgebung ist er auf jeden Fall sicherer. Exil-Rentner könnten Deutschland auch aus der Ferne unterstützen.

Der einzelne wäre auch von dort aus in der Lage, jede erdenkliche Aktion gegen das Merkel-System virtuell zu unterstützen, mit Teilnahme an Wahlen und der Gründung einer Rentnerpartei inklusive. Er wäre zuhause nur gebraucht, wenn er die Reihen der Großdemonstrationen stärken sollte. Davon ist Deutschland noch lange entfernt. Gelbwesten-Proteste wären ohnehin vielleicht nicht das Richtige für sein Alter.

Auch gut situierte Senioren kämen heute bestens weg. Verkaufen sie ihre Immobilie auf dem Höhepunkt der flüchtlingsinduzierten Immobilienblase, reicht das Geld nicht nur für ein neues Heim in Ungarn, sondern auch für die Unterstützung der Lieben in der Heimat. Etwas schwerer hätten es die wenigen, die eine neue Existenz aufbauen wollten.

Plattensee und Masuren die heißesten Tipps in Osteuropa



Viktor
Heese.

Wohin könnte die Reise gehen? Das nahe, billige und kulturell verwandte Osteuropa ist bei der deutschen Seele im Kommen. Ungarn zieht noch magisch an. Ein Gründungswunder ist der Plattensee, wo die Kolonie von 30.000 Deutschen und Österreichern mit Leistung und Kapital ein kleines Wirtschaftswunder aufgebaut haben.

Wenn so viele Landsleute da sind, reicht es für eine kleine „Ersatzheimat“. In Paraguay habe ich im Chaco auch nicht viel größere deutsche Kolonien gesehen, die dort seit 100 Jahren bestehen und ihre kulturelle Identität bewahrt haben. Die Zugezogenen am Plattensee genießen den Luxus in „Lauerstellung“ unweit Deutschlands auf bessere Zeiten wartend.

Ich kann mir vorstellen, dass das ungarische Beispiel in meiner alten Heimat, den Masuren, bald Nachahmer findet. Für EU-Bürger ist das liberale Polen zum Geheimtipp geworden und auch politisch ist dort die „populistische“ Welt in Ordnung. Die Immobilien sind in Polen drei- bis fünfmal billiger als in Deutschland, die Lebenshaltungskosten um die Hälfte niedriger.

Kleine Nachteile wird es immer geben. Wer die Landessprache nicht kennt, müsste sich als Neuankömmling erst organisieren und in einer kleinen Gemeinschaft leben, was unter unseren lieben Landsleuten keine Selbstverständlichkeit ist. Es geht dennoch, wenn die Not es verlangt. Erstaunlich fand ich die Reportagen (Video oben) über das gute nachbarschaftliche Leben der Ostdeutschen, die sich in Bulgarien am Schwarzen Meer niedergelassen haben.

Ein letzter Tipp für die Mutigen. Sinnvoller ist es, wenn der alte deutsche Wohnsitz nicht aufgegeben wird. Rentner können sich bei den Kindern „im Westen“ anmelden und – wenn sie mal ins Krankenhaus müssen – mit dem [Billigflieger aus Danzig](#) nach Köln/Dortmund jetten.

Die alten und weniger bemittelten Deutschen könnten ein neues friedliches Kapitel in Osteuropa schreiben und es besser machen als die arrogante EU.

(Der Autor Dr. Viktor Heese kommt aus [Masuren](#), lebt aber seit über 40 Jahren in Köln und betreibt die Blogs [prawda24.com](#) und [finanzer.eu](#))



Polizisten nehmen Polizisten bei NRW-Clanrazzia fest

Von JOHANNES DANIELS | Die „Größte Razzia gegen die organisierte Clan-Kriminalität in der NRW-Geschichte“ (0-Ton [NRW-Innenministerium](#)) am Wochenende war bereits eine absolute Lachnummer – [PI-NEWS berichtete](#) detailliert über die #Nulltoleranz-Nullnummer. Nun wird #GröRazz wohl zur „Größten Realsatire“ in der jüngeren Urvolkungs-Geschichte Mordrheinvandalien.

Am Samstagabend wollten NRW-Polizeieinheiten in [Duisburg](#), [Essen](#), [Gelsenkirchen](#), [Bochum](#), [Recklinghausen](#), Mülheim und [Dortmund](#) zeitgleich mit rund 1.300 Polizeibeamten kriminelle Familienclans mit einer Groß-Razzia überraschen – doch die Überraschung war ganz ihrerseits: Als bei einer Verkehrskontrolle anlässlich der „konzertierten Aktion“ in Essen-Katernberg am Sonntagmorgen gegen 2.10 Uhr ein Fahrzeug mit vier arabisch aussehenden Männern gestoppt wurde.

Als die NRW-Ehrengäste kontrolliert werden sollten, bezweifelte einer der Männer auf dem Rücksitz die allgemeine Rechtmäßigkeit des Polizeieinsatzes. Er lachte die Polizisten aus, provozierte und beleidigte sie mit herablassenden Bemerkungen über die Polizei. Die „wüsten Söhne“ wurden aufgefordert, sich auszuweisen. Das deutsche (Nicht-) Tun-Wort „ausweisen“ verstanden sie wohl vollkommen falsch – deutsches

Sprache, schweres Sprache. Als der widerborstige Delinquent schließlich durchsucht werden sollte, wehrte er sich mit körperlicher Gewalt massiv gegen die Beamten und versuchte mehrfach, sich loszureißen. „Mehrere Polizisten sollen seinen [Widerstand dann mit Gewalt](#) gebrochen haben“.

„Amtsbekannter Aggressor“ – eine von 14 Festnahmen im Rahmen von #GröRazz

Der Randalierer wurde zur Aufnahme der Personalien zunächst zur nächsten Wache befördert. Nach Informationen aus Polizeikreisen ergaben die Ermittlungen, dass es sich bei dem Aggressor um „einen 19 Jahre alten arabischstämmigen Kommissarsanwärter des Polizeipräsidiums Gelsenkirchen“ handelte. Der multikulturelle Polizeischüler wurde dann festgenommen und dem Polizeigewahrsam zugeführt, wenige Stunden später befand sich der zukünftige NRW-Kommissar wieder auf freiem Fuß. Gegen ihn wird jetzt wegen Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte ermittelt. Außerdem werde geprüft, ob der Kommissarsanwärter auch disziplinarisch belangt werden könne.

#Nulltoleranz-Aktionismus wird zur Nullnummer-Aktion

Bei der „größten Razzia gegen Clan-Kriminalität in der Geschichte des Bundeslandes NRW“ am Samstagabend waren 1.301 Polizisten – inklusive dem Kommissaranwärter – im Nachteinsatz, dazu Finanzbeamte, Zollbeamte und städtische Mitarbeiter – insgesamt über 1.700 Beamte. Das überwältigende Ergebnis: 14 Festnahmen, zwei abgemeldete Autos, über 100 Knöllchen-Anzeigen und 74 „Verwarngelder“. In Duisburg wurden außerdem drei Hieb- bzw. Stoßwaffen, ein Pfefferspray sowie 20 Kilogramm unversteuerter Wasserpfeifentabak sichergestellt.

Ein Tropfen auf dem heißen Sisha-Steinkopf

In der Dortmunder Nordstadt wurde in einer Shisha-Bar eine hohe Kohlenmonoxid-Konzentration festgestellt. Die Einsatzkräfte von Polizei, Zoll und Stadt forderten unverzüglich die Feuerwehr an, die Gefahr von erheblichen

Auswirkungen auf den weltweiten Klimawandel war hier zu groß. In Essen wurde ein Mann festgenommen. Er soll eine größere Menge „Bargeld“ (9.000 Euro – das ist übrigens nicht strafbar) bei sich gehabt haben, „dazu sogar mehrere EC-Karten“. Bargeld und EC-Karten wurden sichergestellt. Kontrolliert wurde auch „die Einhaltung des Nicht-Raucher-Schutzgesetzes“ und Steuervergehen. Die Einsatzkräfte stellten auch „mehrere hundert Kilogramm unverteuerten Tabak“ sicher. Viel Reul um Nichts!

Razzia-Reul greift durch: 360-Grad-Bekämpfung = 0-Grad-Bekämpfung!

NRW-Innenminister Reul, CDU, war höchstpersönlich bei den „historischen Maßnahmen“ in Bochum vor Ort: „Die heutige Razzia liegt voll auf unserer Nulltoleranz-Linie. Diese verfolgen wir sehr konsequent und sehr kontinuierlich. Die kriminellen Clanmitglieder sollen merken, wir lassen sie nicht in Ruhe – zu keiner Zeit und an keinem Ort“, betonte Innenminister Herbert Reul. Seine Beamten durchsuchten kultursensibel Shisha-Bars, Wettbüros, Falafel-Cafés, Spielhallen und „Teestuben“. Die Aktion trage den Namen „360-Grad-Bekämpfung der Clan-Kriminalität“. Deshalb gehörten eben „auch Verkehrskontrollen“ zum Einsatz.

Das linke Mainstream-Internet-Portal „derwesten.de“ forderte sofort „Perspektivangebote“ für die kriminellen NRW-Neubürger:

Wichtig ist jetzt, dass die Sicherheitsbehörden ihre eigenen Vorgaben im Auge behalten: Neben der harten Repressionspolitik soll es vor allem auch Perspektivangebote für all diejenigen geben, die mit den kriminellen Machenschaften einiger Mitglieder der Libanesen-Clans nichts zu tun haben wollen. Es gibt Ursachen für die Kriminalität arabischer Clans, die müssen beseitigt werden. Nicht wenige der libanesischen Familien im Ruhrgebiet haben nur einen Duldungsstatus, seit Generationen. Ihnen müssen endlich Perspektiven eröffnet werden.

Ein neues Mandat: „Organisierte Kriminalität braucht organisierte Anwälte“

In Deutschland gehören nach vorsichtigen Schätzungen des Bundeskriminalamts mindestens 200.000 Menschen zu solchen – [fälschlicherweise „libanesisch“ genannten](#) – Großfamilien. Genaue Zahlen stehen allah-dings nicht fest, eine exakte Migrations-Zensus-Evaluation würde wohl mindestens mit zehntausenden Krankenhausaufenthalten enden, wenn nicht mehr. Jährlich schleusen die kurdisch- und arabischstämmigen kriminellen NRW-Clans große Summen Schwarzgeld am Staat vorbei – oft über Off-Shore-Banken in Zypern oder der Türkei – und investieren in Großimmobilien-Projekte in Deutschland. Selbstverständlich Steuergeld-gefördert, [PI-NEWS berichtete](#) mehrfach darüber.

Bislang blieben nahezu alle Beteiligten straffrei – sie können sich auch die besten Strafverteidiger der Berliner Republik leisten. Oftmals finanziert durch breit gefächerte gewerbsmäßige Sozialhilfe-Strukturen und mutmaßliche Kriminalitätserträge, z.B. die renommierte („[Remmo](#)-mierte“) Berliner [Kanzlei Dost-Roxin](#):

Slogan: *„Organisierte Kriminalität braucht organisierte Anwälte zur Strafverteidigung!“*

Migrations-Kriminalitäts-Strafrechts-Doyen Ulrich Dost-Roxin dürfte nun auch einen neuen Mandaten haben: Einen arabischstämmigen NRW-Kommissaranwärter aus Gelsenkirchen, der von #Naziraus-deutschen Polizisten aufgrund von Ethnie, Hautfarbe und Religion erheblich diskriminiert und angegriffen wurde. Einem raschen Karrieresprung steht so nichts mehr entgegen im Kalifat NRW.

Ulrich Dost-Roxin hat sich übrigens auch kulanterweise bereit erklärt, den zweiten Mordverdächtigen von Chemnitz, den Kurden Youssif Ibrahim Abdullah (22), mit sechs „einschlägigen“ Vorstrafen zu „verteidigen“ und erwirkte eine unverzügliche

Haftbefehlsaufhebung mangels Tatverdacht seines einträglichen Mandanten am brutalen Mord an [Daniel Hillig](#).



Nobelpreisträger James Watson wegen Wahrsagerei abgestraft

Von KEWIL | Der berühmte Medizin-Nobelpreisträger von 1962, James Watson (90), ein genialer Pionier der Genetik und DNA-Forschung, wurde jetzt wieder akademisch wegen Wahrsagerei abgestraft. Er verlor ein paar Titel, denn er hat [wiederholt gesagt](#), dass Schwarze nicht so intelligent seien wie Weiße und das liege in den Genen. Eine IQ-Rangliste (Durchschnitt) aus diversen wissenschaftlichen Studien scheint ihm aber rechtzugeben:

- 1 Singapur 108
- 2 Hongkong 108
- 3 Taiwan 106
- 4 Südkorea 106
- 5 Japan 105
- 6 China 104
- 7 Schweiz 102
- 8 Niederlande 102
- 9 Nordkorea 102 14,9 °C
- 10 Macau 101
- 11 Island 101

- 12 Finnland 101
- 13 Kanada 101
- 14 Belgien 100
- 15 Deutschland 100
- 16 Vereinigtes Königreich 100
- 17 Österreich 100
- 18 Neuseeland 100
- 19 Norwegen 99
- 20 Schweden 99

Das untere Ende der Skala entspricht auch voll den Beobachtungen Watsons:

- 92 Kenia 71
- 93 Tansania 71
- 94 Elfenbeinküste 71
- 95 Südafrika 70
- 96 Sudan 70
- 97 Nigeria 70
- 98 Ghana 69
- 99 Namibia 69
- 100 Mosambik 65
- 101 Mali 64
- 102 Demokratische Republik Kongo 63
- 103 Eritrea 63
- 104 Guinea-Bissau 62
- 105 Äthiopien 61
- 106 Senegal 60
- 107 Gambia 60
- 108 Osttimor 60
- 109 Gabun 60
- 110 São Tomé und Príncipe 58
- 111 Äquatorialguinea 56

Die Internetseite, [wo diese IQ-Werte herkommen](#), glaubt übrigens, dass die Temperaturen vor Ort bei der Intelligenz

eine Rolle spielen, Hitze verbrenne Gehirnzellen. Aber in Singapur ist es doch genauso warm wie im Kongo?

Bevor PI-NEWS auch seine akademische Reputation wegen Rassismus verliert, fordern wir eine Korrektur der obigen Liste. Platz 15 für Deutschland ist viel zu hoch. Seit Merkels Grenzöffnung 2015 liegen wir höchstens noch zwischen Rang 95 und 99.



Ex-Polizist enthüllt: Wie die Polizei Clankriminalität fördert – auf Weisung der Politik

„Links-Staat“-Autor und „Bürger in Wut“-Europakandidat Torsten Groß ist im Duisburger Norden aufgewachsen und war in seiner mehr als zwanzigjährigen Polizeilaufbahn rund ein Jahrzehnt als Zivilfahnder in der Ruhrgebietsmetropole eingesetzt.

Im exklusiven Epoch Times-Interview analysiert der ehemalige Polizeioberkommissar das Phänomen der Clankriminalität und gewährt uns tiefe Einblicke in einen sonst äußerst verschlossenen Polizeiapparat.

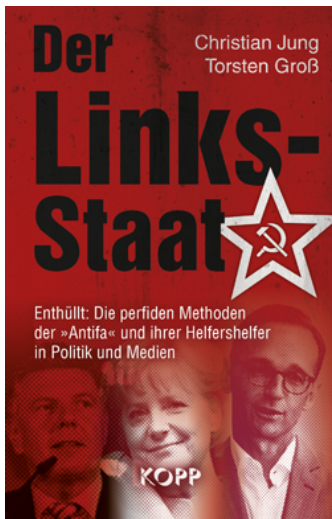
Epoch Times: Herr Groß, die Kriminalität von Mitgliedern

abgeschotteter Kurdenclans rückt immer deutlicher in den Fokus. Wie war es überhaupt möglich, dass derartige Strukturen entstehen konnten?

Groß: Ein gewichtiger Anteil der männlichen Mitglieder dieser Mhallamiye-Kurden ist schon in den 1990er Jahren erheblich kriminalpolizeilich in Erscheinung getreten. Schon damals zeichnete sich deutlich ab, dass wir es mit einem klassischen Fall von Organisierter Kriminalität im Bereich Prostitution, Drogen- und Waffenhandel sowie mit der Ausbildung mafiaähnlicher Strukturen zu tun haben. Die konsequente Verfolgung und Ahndung dieser schwerwiegenden Kriminalität hatte bei den Entscheidern in der Politik keine Priorität und war in Teilen auch nicht erwünscht. Entsprechend sind linksideologische – und unfähige – Politiker, Polizeiführer und allzu milde Richter für diese Entwicklung verantwortlich.

Epoch Times: Gab es Anweisungen, diese Kriminalität nicht zu ahnden? Und warum wurden gerade diese Kriminellen nicht konsequent verfolgt?

Groß: Die allermeisten dieser Clanangehörigen sind in den späten 1970er bis Anfang der 1990er Jahre, zumeist als Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem Libanon, nach Deutschland immigriert. Und sogenannte „Bürgerkriegsflüchtlinge“ standen damals wie heute unter besonderem Schutz von, wie ich sie bezeichnen möchte, „linksideologischen Gutmenschen an den Schalthebeln der Macht“ und in den staatlichen Institutionen. Der oberste Dienstvorgesetzte von Polizei und Justiz ist immer ein Politiker.



„Der Links-Staat“
von Christian
Jung und Torsten
Groß aus dem KOPP
Verlag

Schriftliche Anweisungen gab es dazu aus verständlichen Gründen natürlich nicht – das läuft in unserem Rechtsstaat perfider ab: So entscheiden die zuständigen Ministerien in Absprache mit der Landesregierung über Einstellungszahlen bei der Polizei und über die personelle Ausstattung von Staatsanwaltschaften und Gerichten. Im weiteren Verlauf ebenso über die konkrete Zuweisung von Beamten an die jeweiligen Behörden. Innerhalb der Behörden ist dann die personelle Ausstattung der jeweiligen Abteilungen entscheidend, die der oberste Dienstvorgesetzte in letzter Konsequenz trifft. Wenn beispielsweise also das für die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität zuständige Kommissariat personell ausgedünnt wird, können entsprechend weniger deliktspezifische Straftaten verfolgt und wichtige Zusammenhänge erkannt werden. Zur Wahrheit über die Ursache gehört aber auch, dass hochrangige Positionen wie die des Polizeipräsidenten oder Staatssekretärs oftmals nicht nach Eignung, Leistung und Befähigung, sondern nach Parteibuch vergeben wurden und werden.

Epoch Times: Wie zeigt sich das in der täglichen Polizeiarbeit?

Groß: Grundhaltung und Linie sind schnell klar und wirken sich auch deutlich aus. Ich habe aber auch Zeiten erlebt, in denen aus Kostengründen eine Kilometerbegrenzung für Streifenfahrten angeordnet wurde. Die Aufklärung von Straftaten im Bereich der Organisierten Kriminalität bindet viel Personal und ist äußerst kostenintensiv. Verdeckte Observationsmaßnahmen, Telefonüberwachungen und horrenden Kosten für Dolmetscher seien an dieser Stelle als Beispiele angeführt. Und Politiker arbeiten nicht selten auf ihre Wiederwahl und eine zweite Legislaturperiode im Amt hin. Denn nur so gelangen sie in den Genuss der üppigen Pensionen.

Entsprechend wird ein Hauptaugenmerk auf die Bekämpfung der Kriminalität gelegt, die geeignet erscheint, das subjektive Sicherheitsgefühl der Wähler zu beeinträchtigen – also Straftaten wie Überfälle, Betrugsdelikte, Diebstähle und Einbrüche, welche der Bürger direkt mitbekommt. Unter Prostitution und dem Handel mit Betäubungsmitteln leiden nur entsprechend wenige Mitbürger direkt und bekommen davon also auch wenig mit. Eine Polizeipräsidentin hat unter diesen Gesichtspunkten einmal in einer Führungskräftebesprechung sinngemäß mitgeteilt, dass sie „der Aufhellung der dunklen Kriminalität keine allzu große Priorität einräumt, weil die helle Kriminalität schon dunkel genug ist“.

[Hier](#) weiterlesen.

Dieses Interview ist zuerst auf Epoch Times [erschienen](#) und ist auf dem Nachrichtenportal aktuell der meistgelesene sowie diskutierte Beitrag.

Bestellinformationen:

» Christian Jung & Torsten Groß: Der Links-Staat, 22,95 € – [hier bestellen!](#)

Wer den Wahlantritt der BIW mit seiner Unterstützungsunterschrift ermöglichen möchte, kann das wie folgt tun:

Bitte beachten Sie dabei, dass jeder Wahlberechtigte nur einen Wahlvorschlag unterstützen darf. Die AfD muss für den Antritt zu dieser EU-Wahl keine Unterschriften einholen!

Das amtliche Formular für Ihre Unterstützungsunterschrift:

1. Zum handschriftlichen Ausfüllen (PDF öffnen, zweiseitiges Formular ausdrucken und handschriftlich ausfüllen):

- [Formblatt Unterstützungsunterschrift \(handschriftlich ausfüllen\)](#)

2. Zum Ausfüllen am PC (PDF öffnen, Formular am PC ausfüllen und beidseitig ausdrucken):

- [Formblatt Unterstützungsunterschrift \(am PC ausfüllen\)](#)

Sie können das Formblatt entweder herunterladen und direkt am PC ausfüllen oder mit Vorder- und Rückseite ausdrucken, um die Eintragungen handschriftlich in Blockschrift vorzunehmen. Sollten Sie mehrere Vornamen haben, dann tragen Sie diese oben ein (Personendaten müssen den im Personalausweis entsprechen). Wichtig: Nach dem Ausdrucken das Formular vorderseitig in der Mitte rechts unterschreiben!

Im nächsten Schritt muss Ihre Unterschrift vom Wahlamt der Stadt oder Gemeinde bestätigt werden, in der Sie wohnhaft sind. Sollten Sie selbst diese Bestätigung nicht selbst einholen können, dann übernehmen die BÜRGER IN WUT das für Sie!

Wenn Sie Bürger eines anderen EU-Staates sind (Unionsbürger), müssen Sie außerdem versichern, nur in Deutschland und in

keinem anderen Mitgliedsland der EU an der Europawahl teilnehmen zu wollen.

- [Formblatt Versicherung Unionbürger](#)

Senden Sie das vollständig ausgefüllte Formblatt mit der Unterstützungsunterschrift anschließend im Original auf dem Postweg (kein Fax oder E-Mail!) an:

BÜRGER IN WUT
Ludwigstr. 20
27570 Bremerhaven

PI-NEWS wird seine Leser in regelmäßigen Abständen über den Stand des Wahlantritts der BIW informieren.